

Gefahr im Nahverkehr

Zu: „Keine Kontrollen in Bus und Bahn“, FR-Regional vom 25.11.

Freitag, 19.11.21, 13:25 Uhr am Gleis 13, Hauptbahnhof. Frankfurt: Für den Nahverkehrszug nach Erbach hat die Bahn statt der sonst eingesetzten sechs Wagen nur zwei bereitgestellt. Beide sind rammelvoll, denn freitags schließen bekanntlich viele Büros schon mittags. Dazu kommen Schüler und Studenten. Der Abstand zwischen den Menschen beträgt im Höchstfall 50 Zentimeter. An jeder Station steigen etliche Fahrgäste zu, der Abstand verringert sich auf 30 Zentimeter. Kleinkinder schreien und werden von ihren Müttern wortreich beschwichtigt. Kontrolleure, die ja irgendwann den Impfen oder Teststatus kontrollieren sollen, bleiben diesem Gedränge natürlich fern. Als ich mein Erstaunen über den viel zu kurzen Zug ausdrücke, bekomme ich zu hören, das sei jeden Freitag so.

Beim Aussteigen im Odenwald empfängt mich auf dem Bahnsteig eine Laufschrift: „Bitte beachten Sie die auf Bahnhöfen und in Zügen geltenden Vorschriften und Gesetze zur Abstands- und Maskenpflicht.“ Während man immer dringender an die Bürger appelliert, ihre sozialen Kontakte einzuschränken, ist die Politik unfähig, dafür zu sorgen, dass wir den Öffentlichen Nahverkehr gefahrlos benutzen können.
Susanne Roether, Frankfurt

Noch ist reichlich Zeit

Zu: „Weihnachtsbaum Gretel steht am Römer“, FR-Regional vom 5.11.

Man schöpft Hoffnung in der Redensart „Nomen est omen“, denn: Die große Fichte heißt „Gretel“, deren Namen „Perle“ bedeutet; und das heißt, sie braucht bloß etwas Zeit, um glänzen zu können – so wie eine echte Perle. Man denke an die Entstehungsgeschichte einer Perle aus dem Meer. Dazu gehören Geduld und Mühe und abermals Geduld. Also: Was lange währt... Noch reichlich Zeit bis Weihnachten. Jeffrey Myers, Frankfurt

Bewährter Waschlappen

Frau Rauscher: „Dusch dich“, FR-Regional vom 24. November

Frau Rauscher, mit großem Interesse habe ich den Artikel gelesen. Ich dusche auch nicht jeden Tag, weil ich unter Nesselsucht leide und extrem trockene Haut habe! Deswegen bin oder fühle ich mich aber nicht eklig. Ich weiß ja nicht wie alt Sie sind, aber vielleicht haben sie was von dem Begriff „Waschlappen“ gehört, damit geht's nämlich auch!
Annette Evangelista, Krieffel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211129

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das FR-Stadtgespräch zur Veröffentlichung der „Frankfurter Tatorte“, dem neuen Heft in der Reihe FR-Geschichte. Auf dem Podium sitzen Polizeihauptkommissarin Anja Lange, der frühere Richter Klaus Drescher und FR-Polizeireporter Oliver Teutsch. Es gelten die 2G-Regeln. Anmeldung: fr.de/anmeldung (Stichwort Tatorte). Livestream unter fr.de/eventvideo
Mittwoch, 1. Dezember, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über die Missstände in der Nahrungsmittelproduktion mit Freddy Adjan, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft NGG. In der Reihe „Göpferts Gäste“. Anmeldung und Videolink über die Website club-voltaire.de
Donnerstag, 2. Dezember, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Noch ein Verfassungsbruch

Hessischer Landtag: „Das härteste Parlament ist zurück“, FR-Regional vom 12.11.

Das CDU-geführte hessische Finanzministerium ist eine Katastrophe. Unter Koch und Bouffier wurden vier Steuerfahnder mit gefälschten Amtsgutachten für verrückt erklärt, weil sie Machenschaft der Banken und dem CDU-Schwarzgeldskandal auf der Spur waren. Ein hessischer Finanzminister begehrt Suizid. Kurz darauf erfährt man durch den Landesrechnungshof, dass er durch Zinswetten vier Milliarden Euro hessisches Steuergeld verzockt hat. Sein Nachfolger Boddenberg (CDU) fördert den Verfassungsbruch mit einem sogenannten „Sondervermögen“. Schon das Wort ist eine Lüge, denn dabei handelt es sich nicht um Vermögen, sondern um Schulden.

Jedem Hauptschüler wird beigebracht, dass Gewaltenteilung ein Grundpfeiler des Rechtsstaats ist. Nur der hessi-

sche Finanzminister will nicht gewusst haben, dass er damit dem hessischen Parlament sein Recht verweigert, die Regierung zu kontrollieren.

Boddenberg ist auch unehrlich. Er hat bei Bürgerversammlungen zum Flughafenausbau diesen immer wieder als notwendig dargestellt, weil dadurch 100 000 neue Arbeitsplätze entstehen würden. Bis heute sind diese nicht entstanden, im Gegenteil: Der Flughafenausbau hat sich als unnötig erwiesen, und Arbeitsplätze wurden sogar abgebaut.

Dass nun ein weiterer Verfassungsbruch mit der politischen Besetzung des Vorsitzenden des Landeskriminalamts eingeleitet wird, bleibt in der kriminellen Kontinuität der hessischen CDU. Erbärmlich ist nur, dass die Grünen sich dafür hergeben. Friedhilde Scholl, Frankfurt

Kandidaten vom Himmel

CDU Spangenberg: „Terrorverdächtiger war Kandidat“, FR-Regional vom 15.11.

Endlich scheinen wir die Bestätigung zu haben: Wie bei einer sich christlich nennenden Partei nicht anders zu vermuten, fallen bei der CDU Nordhessen die Kandidaten für die Ortsbeiratsliste vom Himmel. Nur so ist zu erklären, dass bei der CDU Spangenberg ein Terrorverdächtiger auf Platz 4 der Liste für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gelangt ist, ohne dass man, wie jetzt der Eindruck zu vermitteln versucht wird, davon etwas gemerkt hat. Man sei, so der Spangenberg Bürgermeister, „schockiert und entsetzt“; man hätte lernen müssen, „früher dazwischenzugehen, früher Zivilcourage zu zeigen“.

Ja was jetzt – ist der Kandidat doch nicht vom Himmel gefallen? Hätte Anlass bestanden, „früher dazwischenzugehen

und Zivilcourage zu zeigen“ und wenn ja, warum hat man es nicht getan? Waren der Partei dessen politische Ansichten geradezu recht? Warum wurde er, obwohl kein Parteimitglied, von der CDU auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt? Da muss es doch eine fette politische Schnittmenge zwischen den Beteiligten gegeben haben. Worin bestand also die Gegenleistung des Kandidaten?

Der Vorgang zeigt zweierlei: Die CDU kann keine wirklich „christliche“ Partei sein, denn sonst hätte ihr der liebe Gott gewiss keinen solch unchristlichen Schabernack gespielt. Und: Die CDU ist das, was sie immer war – eine Partei, die schon immer in gefährlichen rechten Fahrwassern gefischt hat. Peter Arnold, Bad Homburg

Sorgenfreie Aktionäre

Zu: „Selbstständige verliert Prozess gegen Versicherung“, FR-Regional vom 6.11.

Die Worte Scham und Anstand sollte man vielleicht nicht im Zusammenhang mit Zivilprozessen gebrauchen wollen. Aber wundern kann ich mich über das Urteil, zumal ich keine Juristin bin. Die Zuerkennung von 9,80 Euro erscheinen mir als Hohn angesichts der zu erwartenden Gerichtskosten in mindestens vierstelliger Höhe.

Der Fall lässt sich sehr kurz zusammenfassen: Bei einem unverschuldeten Unfall hat meine Bekannte, die Klägerin, ein Schleudertrauma davongetragen. Sie konnte nicht arbeiten und erwartete von der Versicherung der Unfallgegnerin den Verdienstaustausch. Dass sie darauf kein Recht hat, sagte jetzt der Richter. Wie man auch immer zu dem Schluss kommen kann, ich würde die Begründung dafür vermutlich nicht verstehen.

Juristen sind bekannt für ihre spezielle Sprache und Denke.

Ein kleines Detail aus der vorherigen Verhandlung: Der Richter habe einen Vergleich vorgeschlagen, zunächst 50 Prozent für beide Parteien. Dann habe er den Namen der Kanzlei bemerkt, die die Gegenseite vertrat, und ihn auf nur 40 Prozent für die Klägerin korrigiert. (Der Vergleich wurde dennoch von R+V abgelehnt.) Fazit: Um Recht zu bekommen, muss man sich den richtigen Anwalt leisten können? Die Versicherung wirbt mit ihrem Service, wie sorgenfrei man mit ihr sei. Mein Eindruck: Sie kümmert sich vor allem um die Sorgenfreiheit der Aktionäre. So etwas wie Anstand kann man sich da nicht leisten. Und Scham kennt man in den Chefetagen vermutlich auch nicht. Christa Führer-Rößmann, Offenbach

Beifall für Amanis Mut

Zu: „Rassismus fängt mit der Sprache an“, FR-Regional vom 23.11.

„Wenn mich in der Nachbarschaft ein N**** anhustet, dann muss ich wissen, ob der krank ist oder nicht“. Fremdenfeindliche Äußerungen wie diese (zitiert nach n-tv.de, Anm. d. Red.) ruft der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Winhart ins Publikum einer Wahlkampfveranstaltung. Solche und ähnliche Äußerungen Winharts trafen nur so vor Rassismus. Trotzdem sieht die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Volksverhetzung nicht verwirklicht. Die Comedian Enissa Amani dagegen wird zu einer Geldstrafe von 1800 Euro wegen Beleidigung des Politikers verurteilt. Diese will sie aber nicht zahlen und dafür lieber ins Gefängnis gehen.

Ich bewundere den Mut dieser Frau. Um gegen den Rassismus im Alltag zu protestieren braucht es solche Zeichen.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Auch das Z-Wort sollte geächtet werden

Neben dem N- und M-Wort sollte auch das Z-Wort als Bezeichnung für Sinti/Sintize und Roma/Romnja geächtet werden. Bedenkt man, dass Angehörige dieser Gruppen in dem zu ihrer Ermordung errichteten Abschnitt im KZ Auschwitz-Birkenau als „Z“ gekennzeichnet wurden, wobei von den etwa 22600 dort inhaftierten Menschen mehr als 19300 um ihr Leben gebracht wurden, sollte sich die Verwendung des Z-Wortes von selbst verbieten, auch in Verbindung mit einem gewissen Schnitzel und einer gewissen Soße. Thomas Tews, Frankfurt

Völlig unzumutbar

Wagenplatz: „Protest gegen Verdrängung“, FR-Regional vom 25.11.

Der Wagenplatz hätte sehr wohl eine Zukunft gehabt, wenn es denn gewollt wäre. Was hat der Abriss eines Bahnhofsgebäudes mit dem Wagenplatz zu tun? In der Freiligrathstr. und in der Glauburgstr. werden Sprengungen an Bunkern in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung durchgeführt. Da reicht eine stabile Wand, um die Bewohner*innen des Platzes vor Staub und Lärm zu schützen, weil der Abbruch vermutlich ohne Sprengungen auskommen wird.

Eine Räumung vor dem nächsten Jahres ist völlig unzumutbar. Der Winter steht vor der Tür und es gibt die ersten Minusgrade. Zumindest müsste den Bewohner*innen ein vergleichbarer Platz angeboten werden. Das wäre das Mindeste an Anerkennung für die Arbeit, die die Leute geleistet haben. Es waren nämlich sie, die aus einer Müllkippe einen Platz für Wohnen, Naturschutz und Kultur geschaffen haben. Volker Marx, Frankfurt